

«Inakzeptable humanitäre Folgen»

Das Schweizerische Rote Kreuz schaltet sich mit einer Kampagne in den Abstimmungskampf über das Asyl- und Ausländergesetz ein

Zum ersten Mal in seiner Geschichte schaltet sich das Schweizerische Rote Kreuz offensiv in einen Abstimmungskampf ein. Um die Neutralität der Organisation zu wahren, spricht man jedoch nur von Sensibilisierungskampagne.

Das Rote Kreuz ist weltweit dafür bekannt, dass die Organisation unparteiisch, neutral und unabhängig arbeitet, ihre Hilfe anbietet, ohne sich in politische Konflikte einzumischen, Unterstützung leistet, ohne Partei zu ergreifen. Bis anhin hat sich auch das SRK im Inland nie aktiv in einen Abstimmungskampf eingemischt, sondern nur dann Stellung bezogen, wenn es befragt wurde.

Neu in Inland & Ausland:

Ohne Spendengelder

Das ist im Abstimmungskampf über das Asyl- und Ausländerrecht anders: Zum ersten Mal will das SRK eine eigene Kampagne lancieren. Mit Inseraten will man die Öffentlichkeit für die kommende Abstimmung «sensibilisieren». Für die Aktion sollen keine Spendengelder verwendet werden, und von einer Abstimmungskampagne will SRK-Präsident René Rhinow auch nicht reden. Die Organisation mit ihren 400 000 Mitgliedern habe keine Parole gefasst.

Man wolle den Wählerinnen und Wählern auch keine

Abstimmungsempfehlung geben, erklärte Rhinow, und: Man wolle dem zuständigen Bundesrat, gemeint ist Justizminister Christoph Blocher, auch eine Antwort geben. Dieser habe in einem Interview erklärt, es sei edel, gegen das Asylgesetz zu sein, ohne selber etwas tun zu müssen. Das SRK sei seit fünfzig Jahren mit der Aufnahme und der Betreuung von Asylsuchenden betraut und habe breite Erfahrungen sammeln können, erklärt SRK-Präsident René Rhinow. So ist das SRK in vielen Asylzentren tätig, bei der Betreuung von abgewiesenen Asylsuchenden oder im Ausschaffungsgefängnis in Kloten.

So sehr sich das SRK bemühte, keine Parolen zu präsentieren, so deutlich waren letztlich die inhaltlichen Aussagen. Grundsätzlich sieht das SRK mit dem neuen Asyl- und Ausländergesetz den «Grundsatz der Menschlichkeit» bedroht und befürchtet, dass mehr Menschen in eine «individuelle Notsituation» kommen könnten. «Für uns heiligt der Zweck nicht alle Mittel. Wir befürchten, dass noch mehr echte Flüchtlinge unter die Räder kommen», sagt Rhinow.

Rhinow sagte, auch das SRK sei dafür, dass Missbräuche bekämpft werden. Doch müssten die Proportionen gewahrt werden. Es handle sich um rund 9000 Menschen, die heute die Schweiz verlassen müssten. Gleichzeitig blende man das Problem der 100 000 Sans-Papiers völlig aus.

Probleme werden nicht gelöst

Ausserdem erklärt das SRK, dass mit der vorgeschlagenen Revision heutige Missstände nicht behoben werden könnten, sondern im Gegenteil neue Probleme entstünden. Staatsrechtsprofessor Rhinow spricht von einer «symbolischen Gesetzgebung». Weil man nicht wisse, wie die Probleme in der Praxis zu lösen seien, verschärfe man das Gesetz immer wieder, um den politischen Forderungen nachzukommen, sagte der Basler Freisinnige. Die Vorlage enthält drei Punkte, deren «Umsetzung inakzeptable humanitäre Folgen hat»:

- Ausschluss aus der Sozialhilfe: Es sei nicht zu akzeptieren, dass bei einer Ablehnung des Asylgesuches «auch Alte, Kranke, Minderjährige, alleinstehende Frauen mit Kindern» von der Sozialhilfe ausgeschlossen würden. Die Erfahrung zeige, dass viele sich nicht trauten, bei den Ämtern um Nothilfe anzufragen, weil sie befürchteten, sie würden in Ausschaffungshaft gesetzt. «Mittellos tauchen sie ab in die Illegalität.» Viele würden im Drogenhandel oder in der Prostitution landen.
- Die Vorgabe, dass die Asylsuchenden innerhalb von 48 Stunden einen Pass vorlegen müssten, sei unhaltbar, erklärte das SRK. Einen Pass zu haben, werde häufig als Indiz dafür verstanden, dass keine Verfolgung vorliege. Ausserdem: 40 Prozent der Weltbevölkerung besäßen heute keine Papiere. Viele der Asylsuchenden hätten deshalb ihren Geburtsschein vorgelegt. Künftig soll dieses Dokument nicht mehr akzeptiert werden, was absurd sei.
- Zwangsmassnahmen: Die Verlängerung der Ausschaffungshaft sei unverhältnismässig. So können Leute, die nicht ausreisen wollen, bis zu zwei Jahre inhaftiert werden. Minderjährige können bis zu einem Jahr inhaftiert werden.

Das SRK kritisiert jedoch nicht nur die Gesetzgebung, sondern zeigte gestern auch Alternativen auf: In verschiedenen Rückkehrprojekten sei festgestellt worden, dass Leute, denen Unterstützung für die Rückkehr angeboten werde, meist schneller und freiwillig ausreisen würden.

«Schweigen ist eben auch nicht neutral»

Besonders in jenen Kantonen, in denen das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) im Asylbereich eine tragende Rolle spielt, brodelte es in den letzten Wochen an der Basis. In der Asylbetreuung konkret mitzuwirken und auf eine weitere markante Verhärtung der Asylgesetzgebung zuzusteuern, sei für die Mitarbeiter «zunehmend unerträglich geworden», sagte auf Anfrage eine Vertreterin des SRK in Zürich, das unter anderem im Flughafen Zürich im Transitbereich und im Ausschaffungsgefängnis tätig ist. Mitglieder und Mitarbeitende hätten sich «zunehmend abgewendet», weil die fürs SRK prägende Zurückhaltung mit anderen wichtigen Prinzipien der Rot-Kreuz-Organisation kollidiert sei. Vor allem im Ausschaffungsbereich beklagten die SRK-Mitarbeiter, die Wahrung der Menschlichkeit werde schon heute in vielen Fällen überstrapaziert. Mit der Diskussion, wie neutral Schweigsamkeit überhaupt sei, habe die Basis die Spitze des SRK auch «etwas herausgefordert».

Gefährdete Menschlichkeit

Annalis Knoepfel, die Vorsitzende des Roten Kreuzes des Kantons Zürich, bestätigte gestern, viele SRK-Mitarbeitende seien in der Tat froh, dass das SRK jetzt klar Position beziehe. Annalis Knoepfels Erkenntnis: «Schweigen ist eben auch nicht neutral.» Schweigen heisse im vorliegenden Fall, weitere Verschärfungen zu billigen, eine mangelhafte Gesetzgebung zu stützen. Dabei nehme sie bereits heute Missstände zur Kenntnis, etwa beim Sozialhilfeausschluss, der zu einer unausweichlichen Kaskade von Verelendung, psychischem Zerfall, sinnlosen Bussen, Mahnungen und absichtlichen Schikanen führe und den Grundsatz der Menschlichkeit ausheble. Laut SRK-Präsident René Rhinow hat sich die kritische Haltung im SRK aber nicht erst von unten nach oben hocharbeiten müssen: «Sie war bereits da.» Dass das SRK allerdings jetzt öffentlich und offensiv Stellung bezieht, sei tatsächlich auf den Druck der im Asylbereich besonders aktiven Mitgliederorganisationen zurückzuführen. Trotz dem historischen Schritt sei Zurückhaltung die Devise geblieben: «Wir mussten eine Lösung ausdiskutieren, die uns weiterhin zusammenhält.»

Der Bund, Yvonne Leibundgut [13.07.06]